

Grünen-Parteitag Özdemir tritt in Erfurt zur Wahl an

Leipzig/Berlin (A. K./dpa). Die Grünen stellen an diesem Wochenende in Erfurt die Weichen für die Bundestagswahl 2009. Die Bundestagsabgeordneten Renate Künast und Jürgen Trittin sollen auf dem Bundesparteitag als Spitzenkandidaten bestätigt werden. Neu zur Wahl als Vorsitzender stellt sich der 42-jährige Europaabgeordnete Cem Özdemir, der sich selbst als „anatolischer Schwabe“ bezeichnet. Er soll den scheidenden Vorsitzenden Reinhard Büttikofer ablösen. Der 55-Jährige, der ins Europaparlament wechseln will, wird nach sechs Jahren an der Spitze von den etwa 800 Delegierten verabschiedet. Die Wiederwahl von Co-Chefin Claudia Roth an der Doppelspitze gilt als sicher.

Mit Spannung erwartet wird das Wahlergebnis Özdemirs, der erst im vergangenen Monat in seinem baden-württembergischen Landesverband mit Bewerbungen auf einen aussichtsreichen Platz für die Bundestagswahlliste gescheitert war.

Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke sagte gestern in Berlin, dass die Grünen auf dem morgen beginnenden dreitägigen Konvent unter dem Motto „Mehr bewegen!“ zentrale Zukunftsthemen beraten, nicht aber fruchtlose Debatten über künftige Koalitionen führen wollen. „Dass Bündnis 90/Die Grünen mehr bewegen wollen, ist unser erklärtes Ziel für 2009“, kündigte Lemke an. So sehe ein Antrag zur Energiewende vor, dass Deutschland bis 2050 seine Klimagas-Emissionen um mindestens 80 Prozent senkt. Wie schnell die Energieversorgung ganz aus erneuerbaren Quellen kommen kann, werde aber Gegenstand von Kontroversen sein.

Putin stellt Bau der Ostsee-Pipeline in Frage

Moskau (dpa). Der russische Regierungschef Wladimir Putin hat angesichts der andauernden Kritik einiger EU-Staaten den Bau der Ostsee-Gaspipeline in Frage gestellt. Wenn Europa nicht so viel Gas brauche, wie von Russland angeboten, „werden wir diese Leitung nicht bauen“, sagte Putin gestern bei einem Treffen mit dem finnischen Ministerpräsidenten Matti Vanhanen in Moskau. Stattdessen könne Russland auch neue Flüssiggas-Anlagen bauen und das Gas dann per Tanker transportieren, was allerdings teurer sei.

BKA-Gesetz beschlossen

Bundestag stimmt Online-Durchsuchung zu / Kritik der Opposition

Berlin (dpa). Gegen den erbitterten Widerstand der Opposition hat der Bundestag die Online-Durchsuchung und weitere neue Befugnisse für das Bundeskriminalamt (BKA) beschlossen. Nach jahrelangem Streit verabschiedete das Parlament gestern mit den Stimmen der Koalition das BKA-Gesetz. 375 Parlamentarier stimmten dafür, 168 dagegen, sechs enthielten sich. Das Gesetz erlaubt der Behörde bei akuter Terrorgefahr erstmals

die heimliche Durchsuchung privater Computer sowie das Abhören und die Videoüberwachung von Privatwohnungen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigte das Gesetz als nötig und angemessen. Vertreter von Linken, FDP und Grünen warnten in hitziger Debatte vor der Verletzung von Grundrechten und Privatsphäre. FDP und Grüne wollen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Der Bundesrat soll voraus-

sichtlich noch vor Weihnachten über das Gesetz entscheiden, damit es 2009 in Kraft treten kann. Es erlaubt dem BKA erstmals nicht nur die Verfolgung einer bereits begangenen Straftat, sondern bereits die Abwehr terroristischer Gefahren. Die zusätzlichen Kompetenzen waren 2006 mit der Föderalismusreform vereinbart worden. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Schutz der Privatsphäre zur Bedingung gemacht.

Bundesweite Schülerproteste

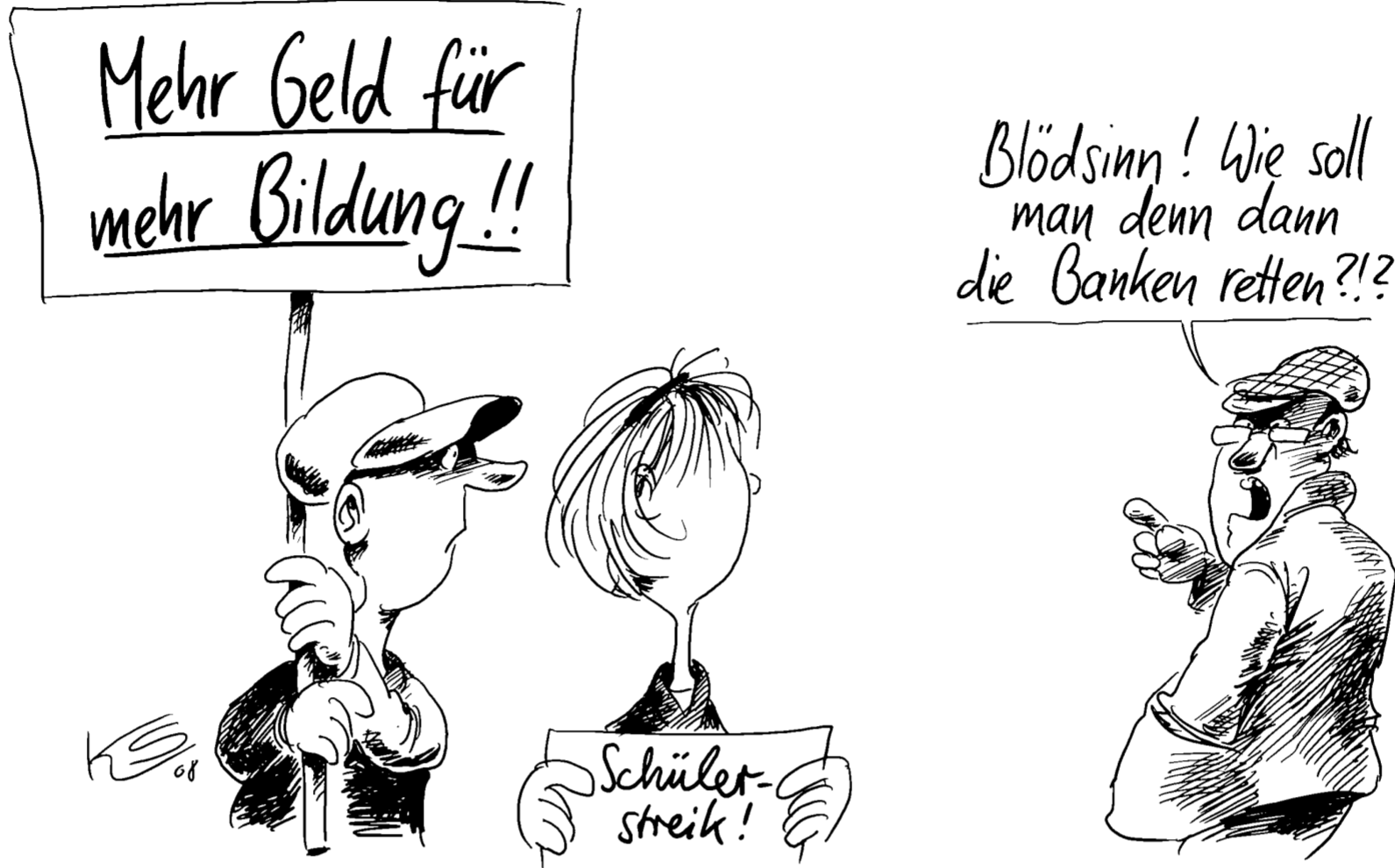
Über 100 000 Teilnehmer bei Demonstrationen für bessere Bildung

Berlin (ddp). Bei den größten Schülerprotesten seit den Demonstrationen gegen den Irakkrieg 2003 haben gestern zahlreiche Schüler eine bessere Bildung gefordert. Bundesweit gingen nach Angaben der Initiative „Bildungsblockaden einreißen!“ 125 000 Schüler auf die Straße. Forderungen waren unter anderem ein freier Zugang zu Bildung und die Abschaffung des verkürzten Abiturs nach zwölf Jahren. In Berlin drangen laut Polizei

etwa 1000 Demonstranten in die Humboldt-Universität ein und hielten das Gebäude für rund 20 Minuten besetzt. Zudem besetzten Demonstrantenteilnehmer eine Straße und blockierten den Verkehr. In Hannover durchbrachen Schüler die Bannmeile, die vor dem Landtag für Demonstrationen gilt, und wurden von der Polizei zurückgehalten. Einige Steine flogen, eine Scheibe wurde eingeworfen. Es kam zu Festnahmen.

In Berlin gingen etwa 10 000 Schüler während der Unterrichtszeit auf die Straße, in Bremen, Hannover und Braunschweig waren es je 8500, in Hamburg gut 6000. In Stuttgart versammelten sich rund 5000 Schüler. Die Teilnehmer sprachen sich unter anderem gegen den Prüfungsstress durch das verkürzte Abitur aus. Immer mehr Schüler litten an Schlafstörungen und Depressionen, hieß es von Seiten der Protestorganisatoren. ▶ Seite 4

STUTTMANN'S BLICK



Neuwagen statt Klimaschutz

KFZ-Steuerbefreiung bis Mitte 2009 befristet / Seehofer: „Grüne Arbeitslose nutzen nichts“

Berlin. „Zielstrebig und planvoll“ nennt die Regierung, so ihr Sprecher Thomas Steg, ihr Beschlussverhalten beim Konjunkturpaket. Dazu gehöre die Korrektur des vor einer Woche beschlossenen KFZ-Steuvorteils für Neuwagen. Die Koalitionsabgeordneten entdecken die Lust am Aufstand.

Von DIETER WONKA

Ehe es am Dienstag in der SPD-Fraktion bei der von der Koalition bereits beschlossenen, aber umstrittenen KFZ-Steuerregelung für Neufahrzeuge zum Beinahe-Aufstand kam, hatte der Bundesverkehrsminister Besseres zu tun: Er verließ den SPD-Fraktionssaal. Wolfgang Tiefensee (SPD) war nicht mehr dabei, als bei 30 Wortmeldungen kein einziger Parlamentarier den bis dahin gültigen Koalitionsplan verteidigen wollte. Als sich darüber der Abgeordnete Gerd Andres wunderte – weshalb solle man als SPD für etwas eintreten, was niemand wolle – meldete der SPD-Kanzlerkandidat Redebedarf bei Fraktionschef Peter Struck an. Er wollte einmal Führungsqualität beweisen und zum Festhalten am alten Koalitionsplan ermuntern. Das passte Fraktionschef Peter Struck aber nicht mehr ins Konzept. Struck teilte den Abgeordneten mit, der KFZ-Beschluss müsse gekippt werden, zusammen mit Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sei seinen Freunden zu: Es gehe jetzt nicht um Umweltpolitik, wichtig sei, dass deutsche Autos verkauft würden. Zu diesem Zeitpunkt hatte auch der verantwortliche Bundesfinanzminister den Saal geschäftlich verlassen. Er wollte

sich mit CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos in Sachen Konjunkturfragen beraten.

Eigentlich hatte Kanzlerkandidat Steinmeier – getreu der Inanspruchnahme von Führung – für den vorläufigen Beibehalt der Regelung sprechen wollen, die luftverpestende und umweltfreundlichere Autos für zwei Jahre gleichrangig steuerbegünstigen sollte. Schon beim vorausgehenden Führungs-Frühstück der Koalition waren bei CDU, CSU und SPD Zweifel an dem ursprünglichen Steuerplan geäußert worden. Diese waren von CDU/CSU-Seite, durch deren Geschäfts-

führer Norbert Röttgen, auch lautstark der Presse mitgeteilt worden.

Was Steinmeier bei der SPD vergeblich versuchte, hielt, im Nachbar-Fraktionssaal, Angela Merkel (CDU) mühsam zusammen. Die Union sollte nicht als erstes die Koalitionslinie verlassen. Unterstützung fand der Steuerplan allerdings auch in ihren Reihen kaum. Anschließend kritisierte Unions-Fraktionschef Volker Kauder öffentlich das Abwechslertum der SPD in Sachen KFZ-Steuer, obwohl sein Röttgen den Plan vorab zum Abschluss freigegeben hatte. Kauder, Struck und ein paar weitere Fachleute

handelten dann die verkürzte und begrenzte Steuer-Neuregelung aus.

Parallel dazu wurde in beiden Fraktionen über zusätzliche Kaufanreize für Neuwagen diskutiert. Hier wie dort ging es unter anderem um die sogenannte Abwrackprämie für alte Stinker-Autos. Bei Union wie bei der SPD wurden durch Zwischenrufe Fragen nach der konkreten missbrauchsfreien Gestaltung einer solchen Maßnahme mit dem Bescheid der Führung beantwortet: Das wisse man auch – noch – nicht.

Später gaben Spitzenpolitiker der Koalition dazu Interviews, über die wirkliche Steuerfachleute aus Union und SPD übereinstimmend meinten: „Da reden Blinde über die Farbe.“ Ab gestern Mittag war das Tohuwabohu vorerst vorbei: Von oben aus der Regierungs- und Koalitionsspitze kam die Ansage, die neueste Konjunktur- und KFZ-Steuerregelung sei gut. Gleichzeitig stellt man sich schon auf weitere Anreize ein. Nach Informationen dieser Zeitung plant die große Koalition, im Fall einer auch von den führenden Wirtschaftsweisen vorausgesagten Rezession, die Auflage eines neuerlichen Konjunkturförderprogramms in Milliardenhöhe.

Zum ganz großen Verlierer der Krise könnte der Klimaschutz werden. Im Dezember wollen die Regierungschefs der EU ihre Ziele bis 2020 unter Dach und Fach bringen. Da fast in jedem Land Autotbauer und Zulieferer Werke haben, werden die einst strengen Vorgaben wohl deutlich schwächer ausfallen. Bayerns neuer Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) – aus dem Autoland von BMW und Audi – stellte schon klar: „Grüne Arbeitslose nutzen uns nichts.“

STICHWORT

Zeitweilige KFZ-Steuerbefreiung

Die voraussichtlich endgültige Regelung zur zeitweiligen KFZ-Steuerbefreiung für Neuwagen, so wie sie sich die Regierung vorstellt: Neuwagen, gekauft zwischen 5. November 2008 und 30. Juni 2009, sind für ein Jahr befreit; besonders umweltfreundliche Autos (Euro-5 und Euro-6-Schadstoffnorm) sind für maximal zwei Jahre von der KFZ-Steuer befreit.

Neufahrzeuge der Euro-5-Norm, gekauft seit Sommer bis 4. November 2008, sind ein Jahr befreit. Alle diese Steuervorteile entfallen am 31. Dezember 2010. Ab 2011 soll die KFZ-Steuer grundsätzlich auf den Kohlendioxidaußstoß umgestellt werden – je mehr CO₂ anfällt, umso höher die Abgabe. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll bis

nächsten Sommer vorgelegt werden. Die große Koalition rechnet aber nicht mehr damit, dass dieser auch noch vor der Bundestagswahl beschlossen wird.

Die KFZ-Steuer ist derzeit eine Länderrabatte. Sie soll zukünftig in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Die Länder rechnen mit einer entsprechenden Ausgleichszahlung des Bundes in Höhe von rund 8,7 Milliarden Euro. Ebenfalls im Sommer ist eine neue Kaufanreiz-Prämie zur Ankurbelung des Autoabsatzes in Arbeit. Derzeit am häufigsten genannt ist eine „Abwrackprämie“. Völlig unklar dabei ist, wie deren Missbrauch (trotz Prämie erfolgter Weiterverkauf nach Osteuropa, Asien oder Afrika, eventueller Rücktransport alter Autos von Osteuropa nach Deutschland) ver-

Rückkehr der krummen Gurke

Brüssel schafft umstrittene bürokratische Vorschriften für Obst und Gemüse ab – gegen den Widerstand von Erzeugerländern

Brüssel. Bei allen Erfolgsgeschichten, die Brüssel schreibt, ist die EU in den Augen ihrer Kritiker immer noch in erster Linie ein Hort regulierungswütiger Eurokraten. Als Inbegriff dieses Harmonisierungs-Wahnsinns gilt die sogenannte Gurkenkrümmungs-Norm. Doch seit gestern steht dieselbe Vorschrift für die Lernfähigkeit in Brüssel. Denn im allgemeinen Eifer, überflüssige bürokratische Vorschriften abzuschaffen, haben sie gestern auch die Gurkenkrümmungs-Verordnung in den großen Rundordner geworfen.

„Dies ist ein Neuanfang für die krumme Gurke und die knorrige Karotte“, frohlockt die zuständige Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel. Fünf Seiten lang ist die Vorschrift mit der Nummer 1677 aus dem Jahr 1988, die präzise Angaben macht über Mindestgewicht, Färbung und vor allem Krümmung einer Gurke. In der Katego-

rie Klasse Extra sind sie „gut geformt und praktisch gerade“ – die maximale Krümmung beträgt zehn Millimeter auf zehn Zentimeter.

Was allzu gern den vermeintlichen Superbürokraten im Berlaymont, der EU-Machtzentrale, in die Schuhe geschoben wird, geht in Wirklichkeit auf Initiativen des Handels zurück. So setzte die EU im Grunde nur Normen um, die zuvor von der UN-Wirtschaftskommission in Genf festgelegt wurden, um den internationalen Warenfluss zu optimieren. Der Handel wollte nämlich normierte Standardkris-

ten, die auf Anhieb erkennen lassen, wie viele Gurken drin sind. Und so wundert es nicht,

langem Gefeilsche – zuletzt im Verwaltungsausschuss für Agrarmarktorganisation der 27 Mitgliedsstaaten – gab Brüssel nun grünes Licht für unförmiges und unschönes Obst und Gemüse.

Für 26 Arten Obst und Gemüse gibt es künftig keine Vermarktungsnormen mehr: Aprikosen und Artischocken, Spargel und Spinat, Walnüsse und Wassermelonen können wieder wachsen, wie die Natur es will. Der angenehme und wahrscheinlich auch den Geldbeutel des Verbrauchers schonende Nebeneffekt der bürokratischen Entschlackungskur: Einwandfreie Erzeugnisse, die leider unförmig waren, müssen künftig nicht mehr weggeworfen werden. „Es ist viel besser, dies den

Marktbeteiligten zu überlassen“, argumentiert die Landwirtschaftskommissarin, deren Familie daheim in Dänemark selbst einen Bauernhof betreibt.

Nur für zehn Erzeugnisse, die allerdings 75 Prozent des EU-Handelswertes ausmachen, wird es weiterhin spezifische Vermarktungsnormen geben: Äpfel, Zitrusfrüchte, Kiwis, Salate, Pfirsiche, Nektarinen, Erdbeeren, Gemüsepaprika, Tafeltrauben und Tomaten. Allerdings haben Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, diese von den Normen auszunehmen.

Ob der Verbraucher demnächst tatsächlich krumme Gurken und knorrige Karotten im Supermarkt vorfinden wird, steht übrigens auf einem anderen Papier. Experten behaupten, dass die Gurke dank intensiver Extraktzucht gar nicht mehr anders kann als ungedrückt zu wachsen. Gerd Niewerth



PERSONALIE

SPD-Abwechlerin Everts nicht wieder nominiert



Die hessische SPD-Landtagsabgeordnete Carmen Everts wurde laut einer Mitteilung von gestern im SPD-Unterbezirk Groß-Gerau nicht mehr als Direktkandidatin für die vorgezogene Wahl am 18. Januar nominiert. Die 40-Jährige hatte vergangene Woche mit drei anderen Abgeordneten die Wahl der SPD-Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti zur hessischen Ministerpräsidentin verhindert. Auch der SPD-Abwechler und frühere hessische Parteizeuge Jürgen Walter rechnet damit, dass er nach der vorgezogenen Neuwahl nicht mehr dem Landtag angehören wird. Aus den Unterbezirken liegen mehrere Anträge vor, die Abwechler aus der SPD auszuschließen.

POLITIK KOMPAKT

Die USA und Russland nehmen in Genf Gespräche über ein Nachfolgeabkommen des Vertrags zur Verringerung der Strategischen Atomwaffen (Start) auf. Die Treffen sollen bis zum 21. November in Genf stattfinden.

Die Bundeswehr in Afghanistan hat sich im Jahr 2007 mehr als eine Million Liter alkoholische Getränke in ihre Lager liefern lassen. Das waren 990 000 Liter Bier sowie 69 000 Liter Wein und Sekt.

Der künftige US-Präsident Barack Obama wird auf dem Weltfinanzgipfel von der ehemaligen Außenministerin Madeleine Albright und dem republikanischen Ex-Abgeordneten Jim Leach vertreten. Albright arbeitete unter Bill Clinton als Außenministerin und Botschafterin bei der Uno.

200 Mitglieder der Gewerkschaft Sierpion 80 (August 80) haben aus Protest gegen die Rentenreform das Warschauer Abgeordnetenbüro des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk besetzt.

ZITAT DES TAGES

„Nein, ich werde ja Ministerpräsident.“

Der hessische SPD-Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel auf die Frage, ob er und Landeschefin Andrea Ypsilanti sich nach der Neuwahl um den Fraktionsvorsitz streiten werden.